

# Geschichte von unten

## 3. Reaktion und Repression

Die dem Kapp-Putsch folgenden Jahre beruhigen sich nicht. Die Reaktion gewann an Boden und die Arbeiterklasse war gezwungen sich gegen Übergriffe, willkürliche Verhaftungen und konstruierte Anklagen zu wehren. Der „Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger“ schreibt am 18.06.1921:

### *Heimliche militärisch eingerichtete Verbände in Braunschweig?*

*Vom Presseamt des Staatsministeriums gehen uns folgende Mitteilungen zu:*

*Im Freistaat Braunschweig bestehen drei ungesetzliche Organisationen, die ihre Mitglieder heimlich in Verbänden militärischer Art zusammengeschlossen haben und, soweit die Ermittlungen reichen, sämtlich von der Orgesch finanziell und zum Teil auch organisatorisch abhängen. Ihre Namen sind „Selbstschutz“, „Stahlhelm“ (Bund der Frontsoldaten) und „Braver Heyderich“. Um den Geist zu kennzeichnen, der in diesen Organisationen herrscht, seien aus dem außerordentlich umfangreichen Belastungsmaterial nur zwei Proben aus der Stadt Braunschweig angeführt:*

*1. Am 30. März d. Js. fand bei Professor Ausfeld eine Oberführer-Versammlung des „Selbstschutz“ statt, in der unter anderem über die Lage der kommunistischen Partei Bericht erstattet wurde. Von einer Seite wurde zu größter Vorsicht gemahnt, worauf der Führer des Stoßtrupps, Erich Geffers, Ottmerstraße 5, erklärte, „man solle der Gesellschaft die Köpfe blutig schlagen und sie alle an die Wand stellen, Oerter, Junke und Buchterkirchen dazu.“*

*2. Am 2. Juni d. Js. fand eine vorwiegend von Studierenden unserer Hochschule besuchte Versammlung des „Stahlhelm“ statt, in der im Anschluß an einen Vortrag des Vorsitzenden Kaufmann Willi Uhlenhaut, Helmstedter Straße 10, nationalistische Verhetzung getrieben wurde. Nach Schluss der Versammlung tat ein Student die bezeichnende Äußerung: Wenn er den Minister Oerter zu fassen bekomme, so werde er ihn ohne weiteres kalt machen.“ Auf Vorhalt eines anderen Versammlungsteilnehmers, dass er dadurch doch der Sache nur schade, meinte er: „Das sei ihm ganz egal, jedenfalls habe er dann aber den Ruhm für sich, Oerter unschädlich gemacht zu haben, und man werde ihn wegen dieser Tat obendrein noch feiern.*

*Es handelt sich dabei, wie gesagt, bei den vorstehend angeführten Fällen lediglich um zwei herausgegriffene Beispiele, die den furchtbaren, geistigen und moralischen Tiefstand dieser verhetzten Volksschichten zeigen. Dies ist die Atmosphäre, in der jene politische Attentate entstehen, deren einem vor wenigen Tagen erst der sozialistische Abgeordnete Gareis in München zum Opfer gefallen ist!—Das Staatsministerium wird das gesamte Material über die genannten ungesetzlichen Organisationen der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung übergeben.*

*Es ist nun an den drei genannten Verbänden, sich dazu zu erklären, inwiefern sie in ungesetzlicher Weise tätig sind. Heißsporne sind, wie jedem bekannt ist, auf jeder politischen Seite vorhanden. Es geht nicht an, für sie ganze Verbände, ganze Parteien und Richtungen verantwortlich zu machen. Die obigen Mitteilungen machen den Eindruck, als habe das Staatsministerium vor allen Dingen einmal zeigen wollen, wie genau es über alle einzelnen Vorgänge unterrichtet ist. Wenn der Beweisstoff für ungesetzliche Handlungen übrigens, wie gesagt ist, der Staatsanwaltschaft übergeben worden ist, so wird man in nächster Zeit weiteres hören.*

Bei der im Artikel erwähnten Organisation Orgesch handelte es sich um den reichsweit agierenden Dachverband der Einwohnerwehren mit bis zu 2 Mio. Mitgliedern, gegründet am 9. Mai 1920 in Regensburg.

Die Leitung hatte Georg Escherich (1870-1941), der Führer des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns.

Die Orgesch versammelte als Dachverband die während und nach der Novemberrevolution 1918/19 entstandenen bürgerlichen Selbstschutzorganisationen, von denen die meisten für den Kapp-Putsch Partei ergriffen. Auch der unter den Paramilitärs immer noch hochangesehene General a.D. Erich Ludendorff (1865-1937) drängte zu einer Vereinigung. Norddeutsche Organisationen suchten seit Anfang 1920 engere Fühlung mit den mächtigeren und vom bayerischen Staat geförderten Einwohnerwehren unter Forstrat Georg Escherich. Ein Punkt des Programms war die „Aufrechterhaltung der Ordnung gegenüber allen Putschabsichten von links und rechts“. (wikipedia)

## Orgesch in Braunschweig legal.

Die Aufrüstungen der Novemberrevolution geschehen nicht nur im Reich. Auch in Braunschweig wird mit allen Mitteln seitens der Bourgeoisie gerüstet. Wir haben in der Öffentlichkeit wiederholt Beanstandung genommen, die Freunde der Braunschweiger „Freiheit“ auf diese Vorgänge hinzuweisen, wir haben zu diesem Zweck die Herren Dertler, August Junke und Buchterfirden zu öffentlichen Berechnungen eingeladen. Doch ließen sich die Herren durch

festgestellt werden kann, jedermann befugt, ihn auch ohne räumlichen Befehl vorläufig festzunehmen.“

Andern wir diese Vorgänge heranzusehen, ist gleichzeitig bewiesen, daß der „Selbstschutz“ sich polizeiliche Rechte anmaßt und zum anderen den Arbeiterernb planmäßig organisiert. Die Notwehrparagrafen können, juristisch betrachtet, niemals auf eine Organisation zutreffen, die sich bloßwillig zur „Notwehrmitteluna“ rüftet. Es ist dem

Terror macht keinen Unterschied zwischen Sozialberrättern und Kommunisten.

Der „Selbstschutz“ gibt ganz offen zu, daß er sich polizeiliche Rechte anmaßt.

Was gedenkt die Regierung Dertler-Junke zu tun, um die bisher „legalisierte“ Orgesch in Braunschweig aufzuheben? Diese Frage stellen wir nunmehr vor aller Öffentlichkeit erneut unter staatsanwaltlicher Verbringung der Dertler,

Niedersächsische Arbeiterzeitung 7. Januar 1921

1921 wird die Orgesch bereits kurz nach der Braunschweiger Legalisierung reichsweit aufgelöst. Mehrere der angegliederten Organisationen agierten eigenständig weiter, so z.B. der Stahlhelm. Viele Mitglieder der SA hatten ihre Wurzeln in der Orgesch.

Die geschilderten Bestrebungen reaktionärer Kräfte spielen in der offiziellen Braunschweiger Geschichtsschreibung keine Rolle, müssen aber in die Betrachtung des Geschehens jener Jahre berücksichtigt werden, von dem gerade Minna Faßhauer nicht verschont wird.

Die Niedersächsische Arbeiter-Zeitung titelt am 7. Januar 1921:

### „Was geht in Braunschweig vor?“

Seit einigen Tagen durchschwirren dunkle Gerüchte die Stadt Braunschweig. Man sprach von Verhaftungen (...) Haussuchungen seien abgehalten worden. „Hinzu kommt noch, daß die Wohnung der Genossin Faßhauer stark bespitzelt wird und besonders in den letzten Tagen. Daher sind wir der Auffassung, dass allerorten die Spitzel wieder eifrig am Werke sind, um die Arbeiter zu Torheiten zu verleiten. (...) Das Proletariat muß Obacht geben, damit es nicht einmal solchen Lumpen in die Finger fällt, zum anderen, dass diesen Kerlen das Handwerk gründlich gelegt wird. (...) Der Arbeiter hat wahrlich seine Fäuste nicht nur zum profitschancen, sondern damit er sich auch seiner Feinde erwehren kann.“

Und am 12. Januar 1921 schreibt die NAZ:

### Kampfstimmung

Lag über der öffentlichen Volksversammlung im Konzerthaus, die die V.K.P.D. zu Montag einberufen hatte. Etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen waren erschienen, um zu demonstrieren gegen die schamlosen Provokationen der weißen Terroristen, (...), die Amnestierung des ehemaligen Oberleutnants v. Vogel, eines der Mörder Rosa Luxemburgs, das Blutbad von Flensburg, die ungeheuer gesteigerte Spitzeltätigkeit usw. – all das sind beredte Zeichen der Zeit. (...) In seinem Schlusswort betont Genosse Schmidt nochmals, dass wir, wie im übrigen Deutschland, auch in Braunschweig vor Provokationen der Orgesch, des Bürgerbundes usw. stehen, und dass das Proletariat sich durch einen Selbstschutz sichern müsse.(...)“

### Klassenkampf von oben

Der „Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger“ titelt am 30. Juni 1921:

### „Verbrecherischer Dynamit-Anschlag. Teilerstörung des Tennishauses im Bürgerpark“

Und in der gleichen Zeitung am Mittwoch, 13. Juli 1921:

### „Neue Dynamitanschläge in Braunschweig - Eine unruhige Nacht. Anschlag auf die Garnisonkirche. – Dynamitsprengung in der Bismarckstraße. – (...)“

Die Anschläge werden Minna Faßhauer zur Last gelegt, sie wird wegen "kommunistischer Terrorakte" gegen Kirchen und bürgerliche Institutionen sowie wegen „Dynamitvergehen“ ohne Beweise zu neun Monaten Haft verurteilt, nach vier Monaten aber amnestiert.

Solche Verurteilungen wegen angeblichem Dynamitvergehen- bzw. Waffenbesitz waren nicht nur in Braunschweig eine beliebte Methode, um missliebige Personen willkürlich zu verhaften. Das waren in der Regel Novemberrevolutionäre\*innen, die den Kapp-Putsch niedergeschlagen und so die Republik gerettet haben. Die Berichterstattung ein halbes Jahr später ist voll von Vorverurteilungen, die sich auch durch die Verhandlungen gegen Minna Faßhauer ziehen. Beweise für eine Beteiligung von Minna Faßhauer an den Anschlägen stehen bis heute aus.

Es folgt ein weiterer Anschlag, es wird spekuliert, aber es gibt keinen Hinweis auf Beteiligung von Personen aus der Arbeiterschaft. Doch die willkürlichen Verhaftungen gehen weiter. Der Artikel in der „Niedersächsische Arbeiter-Zeitung“ vom 8. September 1921 macht die Stimmungsmache deutlich:

### **„Massenverhaftung von Kommunisten in Braunschweig.**

Der Spitzelapparat ist stark in Tätigkeit. (...) Provokateure bieten an: Maschinengewehre, Brownings, Feldgeschütze, 98er Gewehre mit Hunderttausenden von Schuß Munitio. Am 30. August 1921 erschien (...) im KPD.-Büro, Klint 31, ein Bürschchen von 25 Jahren in Uniform (...) und bot zwei Waggons Waffen für 1 125 000 Mark an und verpflichtete sich, diese Ladungen unbemerkt von behördlichen Spähern in die Lagerräume eines kommunistischen Fabrikbesitzers gelangen zu lassen. Unsere Genossen haben dieses Früchtchen dann dingfest gemacht und der hiesigen Kriminalpolizei übergeben.“

Wann Minna Faßhauer wieder verhaftet wurde, ist bisher unklar. Aber ein Vierteljahr nach dem Bericht über Massenverhaftungen gelangt ein Schreiben der Untersuchungsgefangenen nach draußen, in dem sich die Inhaftierten u.a. für die solidarische Unterstützung bedanken. Es wird in der Niedersächsischen Arbeiter-Zeitung am 6. Januar 1922 veröffentlicht:

*(...) Wolfenbüttel, den 5. Dezember 1921.*

*Liebe Arbeitsbrüder und –schwestern! Liebe Genossen!*

*(...) Mit unendlicher Freude haben wir gehört, dass Ihr uns als Klassengenossen mit Eurer Solidarität zur Seite steht, dass Ihr damit unser Schicksal zu dem Eurigen macht, und dass Ihr mit uns zu fühlen wißt. (...)*

Unterschrieben u.a. von Minna Faßhauer, Rudolf Claus und Alfred Merges (Sohn von August)

Schwere Beschuldigungen gegen den Untersuchungsrichter erhebt die „Freiheit“ am 22. März 1922. Auch Verteidiger Justizrat Fränkel (Berlin) ist empört: „Seit 20 Jahren übe ich die Anwaltspraxis aus, ich habe in großen politischen Prozessen die Verteidigung geführt, aber ich habe noch niemals ähnliches erfahren wie in Braunschweig.“ Alle Versuche der Staatsanwaltschaft, eine Anklage zu konstruieren, schlugen mangels Beweisen fehl. Trotzdem erkennt das Gericht für Minna Faßhauer auf 9 Monate Gefängnis.

Ob und in welcher Weise ihre politische Arbeit in den Jahren bis zum Ende der Weimarer Republik wieder aufnahm, ist bisher nicht bekannt. Zum einen wurde die KPD mehrfach verboten, was zur Folge hatte, daß Unterlagen vernichtet wurden. Zum anderen waren die Arbeiterschaft und ihre Organisationen auf der Suche nach politischen Auswegen aus der sich verschlechternden Situation, auf die die KAPD eine scheinbare Antwort gab. Viele Kommunisten wandten sich nach ihrer Gründung dieser Partei zu.

Minna Faßhauer sah Parteien wohl als Stationen, von denen sie sich politisch das jeweils Bestmögliche für die Menschen ihrer Klasse versprach. Ihr Weg führte sie von der SPD über die USPD und KAPD letztendlich zur KPD.

Bekannt ist, dass die Repressionen nicht bei August Merges und Minna Faßhauer haltmachten, sie erfassten alle Menschen, Parteien und Organisationen, die für die Novemberrevolution und gegen den Kapp-Putsch aktiv gewesen sind.